

WZ

4/65 - 33 602 11. März 1965 15 P

Abscheu und Empörung

Die Universitätsangehörigen haben mit Abscheu und Empörung von den erneuten verbrecherischen Aktionen der USA gegen die Demokratische Republik Vietnam Kenntnis genommen. Sie unterbrechen ihre Arbeit und nahmen in Kurzeinstellung Stellung. Aus vielen Instituten liegen uns Protestresolutionen vor. Sie sind von Hunderten Wissenschaftlern und Angestellten unterzeichnet. Es wird die Übereinstimmung mit der Regierungserklärung der DDR vom 4. März zum Ausdruck gebracht und die sofortige Einstellung der provokatorischen Handlungen gegen die Demokratische Republik Vietnam von den USA verlangt. Die Angehörigen des Instituts für Meßtechnik und Austauschbau schreiben: „Gerade wir Dresdner, die wir unsere Stadt in Schutz und Asche versinken sahen, kennen den Schrecken der Bombenangriffe und die Schrecken des Krieges, dessen Entstehung durch diese Terrorüberfälle droht. Hände weg von der Volksrepublik Vietnam!“

Für die tägliche politische Arbeit

In der Entscheidung der 8. Tagung des Zentralkomitees legte unsere Partei ihren Standpunkt dar zu der Äyen Situation, die im Zusammenhang mit den Plänen einer gemeinsamen Kernstreitmacht der Imperialisten entstanden ist. Darüber haben wir schon des öfteren ausführlich gesprochen. Es erweist sich erneut, daß jede internationale Entspannung nur in einem komplizierten und angestrengten Kampf aller friedliebenden Menschen erreicht wird. In der Fakultät Elektrotechnik im 7. Semester entspann sich bei einer Diskussion über die Politik der friedlichen Koexistenz ein Meinungsstreit. In dieser Diskussion wurde u. a. geäußert, daß der Frieden durch ein „Gleichgewicht des Schreckens“ erhalten werde und kein Vertreter des Monopolkapitals so hinverbraucht sein könnte, Atomwaffen einzusetzen.

Wie ist aber die Lage? Die Warschauer Beratung hat festgestellt, daß die Kräfte des Friedens und die Macht der sozialistischen Länder gewachsen sind. Die USA aber haben das Atommonopol verloren, wodurch sich die Bedeutung ihrer Militärsstützpunkte verringert hat. Die imperialistischen Kräfte sind bestrebt, die internationale Lage in verschiedenen Teilen der Welt sehr aktiv zu verschärfen. In Vietnam, hat der amerikanische Präsident Johnson erklärt, werde die Freiheit verteidigt. Dafür sei ihm kein Preis zu hoch. Dem amerikanischen Imperialismus geht es aber um die Freiheit, ungefochtene imperialistische Aggressionen zu entfehlen. Diese Überfälle der USA in Vietnam zeigen, wie sich die Imperialisten Kräfte überfallen ohne Kriegserklärungen, wie sie sich den Beginn eines „verdeckten Krieges“ sowie seine Weiterführung mit konventionellen militärischen Mitteln denken. Die westdeutsche Bundeswehr hat gerade diese Konzeption, und deshalb sind Unklarheiten über diese Politik so lebensgefährlich!

Wir sollten uns auch auf die Stellungnahme des Senats der TU beziehen, der sich erst für einen „Verbleib“ und endgültig das Handwerk zu legen. Das würde als ein elementares Anliegen eines jeden friedliebenden Menschen erachtet.

Es kommt darauf an, in der politischen Massenarbeit auf vielfältige Weise bis ins einzelne die Wahrheit über die Kriegspolitik der Imperialisten mitzuteilen und das Geheimnis des Ausbruchs des Krieges zu enthüllen. Wir müssen unsere Aufgabe darin sehen, zu verhindern, daß von deutschem Boden ein Krieg oder gar ein dritter Weltkrieg seinen Ausgang nimmt.

Die westdeutschen Imperialisten versuchen die Tatsache zu verschleiern, daß sie durch ihre Politik die deutsche Frage blockieren. (Fortsetzung auf Seite 9)

LEHREN DER PARTEIWAHLVERSAMMLUNGEN

Den eigenen Arbeitsstil kritisch überprüfen - schneller vorwärtsschreiten!

In seinem Diskussionsbeitrag auf der Wahlversammlung der APO Elektrotechnik/Berufspädagogen sagte Genosse Rose richtig, daß es nicht genügen kann, lediglich die Notwendigkeit der Wende in der Arbeit zu bejahen. Primär müsse die Frage sein: WIE ARBEITEN WIR IDEOLOGISCH? Darin ist eingeschlossen, wie alle Genossen in den Parteilgruppen, jeder Genosse als Leitungsmittglied einer FDJ-Gruppe und unsere Genossen Gewerkschaftsfunktionäre es verstehen, den parteilosen Kollegen und Freunden die Beschlüsse unserer Partei zu erklären und ihre Fragen zu politischen, ökonomischen und ideologischen Problemen zu beantworten.

Die ständige ideologische Arbeit mit allen Angehörigen unserer Institute und Bereiche ist eine Aufgabe, die zur wichtigsten Seite der Leitungstätigkeit jeder Parteileitung werden muß. Sie ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der staatlichen Leitungen der Institute und Fakultäten, wie auch der Leitungen der Freien Deutschen Jugend oder der Gewerkschaftsorganisation.

Die Initiative zur Veränderung der Durchsetzung der Maßnahmen und Notwendigen in Erziehung, Lehre, Studium und Forschung muß überall von den Parteilgruppen und jedem Genossen selbst ausgehen.

Eben darum ist es notwendig, durch die Arbeit der Parteilgruppe und gute Mitgliederversammlungen der APO jedem Genossen zu helfen, sich seiner Verantwortlichkeit und seiner Wirksamkeit im Prozeß der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins bewußt zu werden. Die Genossen der APO ET/Pädagogen den richtigen Weg, wenn sie die politisch-ideologische Führungsarbeit zum Hauptinhalt ihrer Arbeitsentscheidung machen. Es wird dort u. a. gesagt: Wir gehen davon aus, daß wir mit den parteilosen Kollegen und allen Studenten zusammenarbeiten und um gemeinsame Standpunkte ringen müssen.

(UZ) Wahlversammlungen in über 100 unserer Parteilgruppen während der letzten Wochen beweisen, daß immer mehr Parteilgruppen und APOs die Beschlüsse des 7. Plenums des Zentralkomitees zur Grundlage ihrer Parteilarbeit machen. In der Mehrzahl der Parteilgruppenversammlungen stand die Verbesserung der ideologischen Arbeit auf der Tagesordnung. Die notwendig gewordene neue Qualität in der ideologischen Arbeit erfordert im täglichen persönlichen Gespräch die Überzeugungsbildung vor allem unter den Studenten aktiver zu führen und die Kollektivität der Leitung der ideologischen Arbeit in den Parteilgruppen und APOs weiterzuentwickeln.

Die politisch-ideologische Führungsarbeit kann nur dann erfolgreich verwirklicht werden, wenn sie auf einer realen Einschätzung der konkreten Lage im Institut und in den einzelnen Studienjahren beruht. Es wird ferner, darauf hingewiesen, daß in den Parteilgruppen das Studium und die Diskussion der Beschlüsse im Mittelpunkt stehen sollen. Für jeden Genossen muß sich aus der Klarheit über die Aufgaben eine sinnvolle Aufgabenstellung ergeben.

Die Arbeitsentscheidung dieser APO wäre eine noch bessere Arbeitsgrundlage, wenn sie konkrete Hinweise darauf enthielte, welche ideologischen Probleme die Genossen als die wichtigsten ansehen - die selbst gelöst werden müssen - und welcher Weg im einzelnen beschritten werden soll. Eben das wäre die Konsequenz des durchaus richtigen Ausgangspunktes gewesen.

Jeder Genosse, der zur Verbesserung der Parteilarbeit im Bereich beitragen will, wird sich fragen, wie man eine brauchbare Analyse gewinnt. Hierfür kann (aus vielen anderen herausgegriffen) die Gruppenwahlversammlung der Wissenschaftler der APO Wärmetechnik Hinweise vermitteln. Auch hier gingen die Genossen davon aus, daß die Durchführung ihrer Aufgabe in Lehre, Erziehung und Forschung Klarheit bei allen Beteiligten über Sinn und Ziel der Maßnahmen zur Verwirklichung der staatlichen Direktiven und der Parteibeschlüsse verlangt. Die Genossen hatten zu manchen Fehlern gelernt. Jetzt beschlossen sie, im Zusammenhang mit den Gewerkschaftswahlen alle jene

ideologischen Probleme anzupacken und klären zu helfen, die sich aus der Verwirklichung des Institutsarbeitsprogramms, der Vorbereitung und Durchführung der Ingenieurpraktika und den Abschlüssen von Wirtschaftsverträgen mit der Industrie im Institut ergeben. Auf diese Weise gewinnen die Genossen, gewinnen die Parteileitungen eine geeignete Ausgangsposition für ihre Arbeit. Es kommt aber noch auf ein Drittes an. Und das ist, daß jeder einzelne Genosse seinen persönlichen Beitrag zur Veränderung des bestehenden Zustandes in seinem eigenen Wirkungsbereich klar versteht. Er sollte einen sinnvollen, konkreten Auftrag aus der Parteilversammlung mitnehmen, der auch abgerechnet werden kann. Gerade bei uns, an der TU, wo viele unserer jungen Studenten erst Parteilieferungen sammeln müssen, ist die Arbeit mit Parteilieferungen einer der vielen nützlichen Wege der Parteilieferung unserer Genossen. Die Erfüllung des Auftrages in gemeinsamer Arbeit mit den parteilosen Freunden und Kollegen seines Bereiches fördert die Initiative des Genossen und gibt ihm Vertrauen in die eigene Fähigkeit zur ideologischen Arbeit.

Die Parteilgruppe Studenten 1 der APO Mathematik beriet verantwortungsbewußt darüber, wie sie die Wirksamkeit der Genossen in den FDJ-Gruppen erhöhen kann. Erfreulich ist, daß die Studenten der APO Mathematik sich dazu entschlossen haben, mit ihren Argumenten und Fragen wieder in der Wandzeitung offen aufzutreten. Die Genossen der Parteil-

gruppe ET, 3. Semester Maschinen dagegen haben die Aufgaben ihrer Parteilgruppe und ihre hohe Verantwortung noch nicht begriffen; wie könnte es sonst möglich sein, daß ihre „Wahlversammlungen“ ganze 30 Minuten dauerte! Von exakter Analyse des Denkens der Parteilosen in den Seminargruppen dieses Semesters, von kritischer Einschätzung der Arbeit jedes Genossen und einer verantwortungsbewußten Beratung der neuen Aufgaben kann hier keine Rede sein.

Kritisch muß auch die Parteilgruppe 3 (Studenten) der APO Organische Chemie das Ergebnis ihrer Wahlversammlung überprüfen, die vermissen ließ, daß die besonderen Aufgaben der Parteilgruppe und jedes Genossen zum Hauptgegenstand der Beratung wurde. In der Arbeitsentscheidung werden deshalb auch Aufgaben gestellt, die sich besser die FDJ-Gruppen stellen sollen. Die Parteilgruppe kann der FDJ-Gruppe nicht die Arbeit abnehmen. Hier finden sich Überbleibsel jener Erachtungen, die das 7. Plenum eindeutig kritisierte und die wir überall überwinden müssen. Aber bereits vorhandene Überbleibsel dieser Parteilgruppe beseitigen müssen.

Aus alledem ergibt sich schon jetzt, daß die Parteilieferungen der Entwicklung eines wirklichen Parteilbens in den Parteilgruppen bedeutend mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Auf diese Weise wird es möglich sein, die vielen guten Erfahrungen in den Bereichen der Technischen Universität allen Genossen zu übermitteln, damit sie in der Arbeit rasch fruchtbar werden können. An Hand der Erfahrungen der Besten wird es besonders gut möglich, den eigenen Arbeitsstil kritisch zu überprüfen und schneller in der ideologisch-politischen Überzeugungsarbeit vorwärts zu schreiten, um unsere Aufgaben in Erziehung, Lehre sowie in der Forschung zielstrebig im Kollektiv und unter Führung der Parteilorganisation zu lösen.

Kommunique

der zweiten Sitzung des akademischen Senats

Im Mittelpunkt der 2. Sitzung des Senats am 27. Februar 1965 stand das von der Volkskammer am 25. Februar 1965 verabschiedete Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Das Mitglied des Staatsrates und der Volkskammer, Frau Prof. Dr.-Ing. habil. Herforth, erläuterte das Gesetz, welches sie als das Ergebnis einer wahrhaft demokratischen Aussprache bezeichnete. Sie hob die Bedeutung dieses Gesetzes nicht nur für die DDR, sondern auch für Westdeutschland hervor. Das Gesetz gilt ab dem nächsten 1. bis 15. Jahren zu verwirklichen, was die Mitarbeit der gesamten sozialistischen Gesellschaft erfordert. Im Zusammenhang mit dem im § 5 des Gesetzes formulierten Grundsatz der Einheit von Bildung und Erziehung betonte der 1. Sekretär der Universitätspartei, Genosse Meißner, die Notwendigkeit eines eindeutigen Standpunktes zu der vom westdeutschen Staat der Imperialisten und Militaristen betriebenen friedensfeindlichen Politik der Vorwärtsstrategie und des verdeckten Krieges. Den Fakultäten wird empfohlen, bei der Diskussion des Gesetzes einzuschätzen, in welchem Maße sich die Studierenden der Rolle der DDR als erster deutscher Friedensstaat im internationalen und nationalen Maßstab bewußt sind. Die Klarheit darüber wird als wesentliche Voraussetzung für die weitere Steigerung der Studienleistungen und die Hebung der Studienmoral betrachtet.

Beschluß: Die Kommission für das einheitliche sozialistische Bildungssystem unter Leitung von Herrn Prof. Dr. paed. habil. Hering und die Studienplankommission der TU unter Leitung von Professor Dr. Kuzaitza legen in einer der nächsten Senatssitzungen ein gemeinsames Programm zur Verwirk-

lichung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem an der TU vor.

Im Ergebnis einer Aussprache über Probleme der Arbeit des Industrieministries, zu welchem sich bewährte Parteilieferer in einem zweistündigen Direktstudium vertiefte Kenntnisse auf mathematisch-naturwissenschaftlichen und technisch-ökonomischen Gebiet aneignen, appelliert der Senat an alle Fakultäten und Institute, deren Fachgebiete im Industrieministerium angesprochen sind, dieses durch entsprechende Beiträge zu unterstützen.

Der Rektor gab einen Überblick über das Ergebnis der ersten Phase der Perspektivplanung bis 1970 über die Institute der TU. Sie ist gekennzeichnet durch eine verstärkte Grundlagenbildung in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern und den Abbau übertriebener Spezialisierung. Um den Wirkungsgrad der Ausbildung weiter zu verbessern, sind die Vorlesungen von der Vermittlung bloßen Faktenwissens zu befreien und zukünftig mehr Praktika durchzuführen. Wirklich ungeeignete Studenten dürfen den Lehrbetrieb nicht allein lange belasten. Die TU muß stärker als bisher auch im eigenen Interesse ihrer Verantwortung bei der Ausbildung des Lehrerschwaches für die letzten Klassen der Oberstufe gerecht werden.

Der Senat bestätigte zwei Befugnisstränge und stimmte dem Antrag der Fakultät für Berufspädagogik und Kulturwissenschaften, auf Umbenennung des Instituts für Berufspädagogik in „Institut für Berufspädagogik und Kulturwissenschaften“ in „Institut für Unterrichtsmethodik der Mathematik und Naturwissenschaften“ zu.

Professor Dr.-Ing. habil. Dr. h. c. Schwabe, Rektor



Zum Internationalen Frauentag lesen Sie unser Interview auf Seite 6: Wie schafft Brigitte ihr Studium?

AKTUELLE

Probleme des neuen ökonomischen Systems

Öffentlicher Abendvortragszyklus der Fakultät für Ingenieurökonomie 25. März 1965, Dozent Dr. Schröder: „Förderung und Verwirklichung der sozialistischen Menschenführung“.

1. April 1965, Prof. Dr. Hantschel: „Neue rechtliche Mittel zur Sicherung und Steigerung der Qualität der Lieferungen und Leistungen“.

8. April 1965, Dozent Dr. Schult: „Probleme der arbeitsrechtlichen materiellen Verantwortlichkeit im System der ökonomischen und moralischen Triebkräfte“.

22. April 1965, Dozent Dr. Janke: „Leistungsabhängige Gehälter für leitende Wirtschaftsfunktionäre“.

29. April 1965, Prof. Dr. Bordog: „Produktionsfondsabbau? Ja, aber wie?“

6. Mai 1965, Dozent Dr. Neumann: „Die Ökonomie der Maschinenanwendung - wie messen und beurteilen?“

13. und 20. Mai 1965, (2 Teile) Prof. Dr. Heyde: „Proportionaler Plan - mit oder ohne Mathematik?“

27. Mai 1965, Prof. Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch. Wiss. Dr. Hildebrand: „Die Ermittlung des Nutzeffektes von Investitionen“.

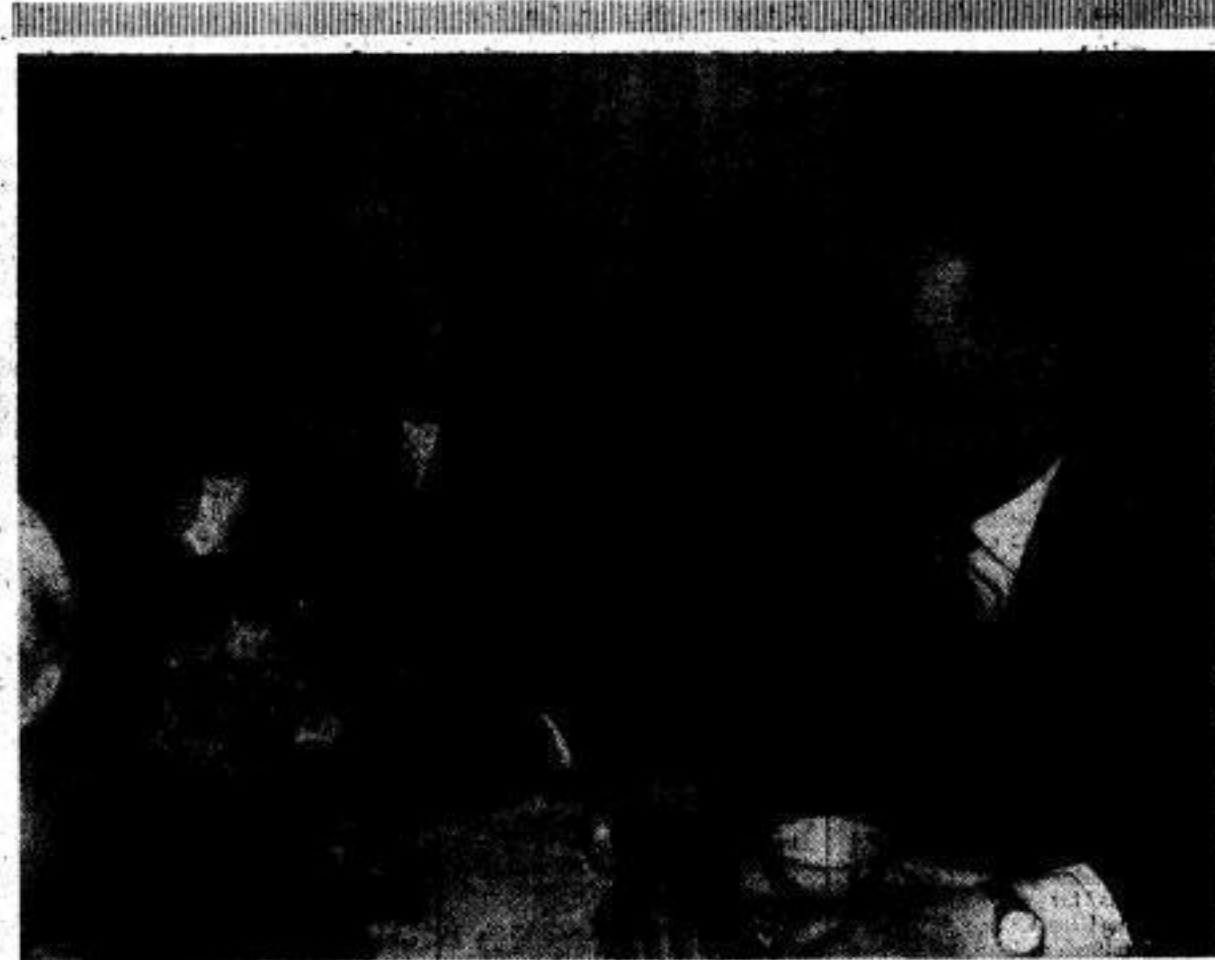
2. Juni 1965, Dozent Dr. Eichhorn: „Grundsätze zur Abrechnung und Kontrolle des Nutzeffektes der neuen Technik“.

10. Juni 1965, Prof. Dipl.-Wirtsch. Wiss. Dr. Liebscher: „Aktuelle Probleme in der Preisbildung für Investitionsvorhaben“.

17. Juni 1965, Dozent Dr. Sieber: „Ökonomische Ausnutzung des Energiepreises“.

24. Juni 1965, Dr. Marshall: „Berechnen wir die Arbeitsproduktivität richtig?“

Die Vorträge finden an den genannten Donnerstagen jeweils 17 Uhr im Hörsaal 2 des Metallbauhauses, Dresden 27, Heilmittelstraße 14 statt. Der Eintritt ist frei. Im Anschluß an den Vortrag stehen die Referenten auch für Einzelkonsultationen zur Verfügung.



Am Nachmittag des Besuchs der Regierungsdelegation der Vereinigten Arabischen Republik zur Leipziger Frühjahressession in Dresden fand ein Treffen der Gäste mit Universitätsleitung und Professoren der Universität statt. Der Minister für Wissenschaft und Forschung der VAB, Professor Dr. Teuber (Mitte) der die Delegation leitete, erhielt bei diesem Eintreffen: „Kein Schnee konnte uns abhalten, Sie zu besuchen.“

An der Aussprache über Lehr- und Forschungsprobleme nahmen neben Mitgliedern Prof. Dr. Dr. Schwabe auch die Herren Prof. Dr.-Ing. Lütke, Oberholz und Prof. Dipl.-Ing. Schürwald teil.